An den Grossen Rat | **26.5020.02**

Petitionskommission
Basel, 30. Oktober 2026

Kommissionsbeschluss vom 26. Oktober 2026

Bericht der Petitionskommission

zur Petition P507 «Schluss mit dem Stau! Wir brauchen endlich Entlastung»

1. Wortlaut der Petition

Petition:
Die Region um Basel versinkt tagtäglich im Stau. Lastwagen nach Frankreich und Deutschland, Pendlerinnen und Pendler sowie der innerstädtische Verkehr drängen sich auf derselben Achse. Seit Jahren ist die Osttangente überlastet: Sechs Spuren verengen sich auf zwei Spuren mitten durch die Stadt und über die Schwarzwaldbrücke. Das Resultat: Dauerstau, Lärm, Emissionen und verlorene Zeit.
Mit dem Rheintunnel können wir diese Verkehrsarten endlich entflechten. Der Transit- und Pendlerverkehr wird geräuschlos an Basel vorbeigeführt, die Stadtstrassen werden spürbar entlastet. Das schafft Platz an der Oberfläche und erhöht die Lebensqualität für alle Menschen in und um Basel.
Wir sind die Staustunden leid - sie kosten uns Zeit, Geld und Nerven. Darum fordern wir die Parlamente auf, endlich für eine wirksame Entlastung zu sorgen; damit unsere Region wieder erreichbar und lebenswert wird.

Begründung:
Es gibt keine Rush-Hour mehr, keine Verkehrsspitzen, sondern nur noch Dauerstau. Egal ob morgens, mittags oder abends, der Verkehr stockt und staut. Die Infrastruktur ist aus den 1970ern und wurde nie an die gesteigerten Bedürfnissen der Region angepasst. Seit Beginn der dringend notwendigen Sanierungsarbeiten auf der Autobahn 2025 hat sich das Problem massiv verschärft - und das noch für Jahre. Gleichzeitig wird das Verkehrsaufkommen in Zukunft weiter zunehmen. Die Erreichbarkeit unserer Region ist zentral - für die Wirtschaft, für die Bevölkerung und für die ganze Schweiz. Deshalb fordern wir mit dieser Petition eine nachhaltige Entlastung. Schluss mit dem Stau!

2. Kommissionsberatung

2.1 Vorgehen

Der Grosse Rat hat die Petition P507 «Schluss mit dem Stau! Wir brauchen endlich Entlastung» an seiner Sitzung vom 04. Februar 2026 der Petitionskommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen. Am 24. September 2026 hörte die Kommission im Rahmen eines Hearings eine Vertretung der Petentschaft sowie den Abteilungsleiter des Amts für Mobilität, und der Co-Abteilungsleiter Projektmanagement-Office aus dem Tiefbauamt als Vertretung des Bau- und Verkehrsdepartements an.

2.2 Anliegen der Petentschaft

Die Petentschaft wies auf die seit Jahren zunehmende Verkehrsüberlastung in der Region Basel hin. Insbesondere die Osttangente sei stark belastet, da sich der Transit-, Pendler-, Berufs- und Regionalverkehr auf derselben Verkehrsachse konzentriere. Die Verengung von sechs auf zwei Fahrspuren im Bereich der Schwarzwaldbrücke führe regelmässig zu Staus, Zeitverlusten sowie Lärm- und Schadstoffemissionen. Die laufenden Sanierungsarbeiten würden die Situation zusätzlich verschärfen und die Erreichbarkeit der Region voraussichtlich bis mindestens 2029 erheblich einschränken.

Zur Veranschaulichung der Verkehrsbelastung führte die Petentschaft aus, dass täglich bis zu 125'000 Fahrzeuge, in Spitzenzeiten sogar bis zu 150'000 Fahrzeuge, den Basler Engpass passieren würden. Die Verkehrsbelastung liege damit mindestens 20 Prozent über der Belastungsgrenze. Innerhalb eines Jahres hätten die Staustunden auf der A2 in der Region Basel um 60 Prozent zugenommen. Rund 40 Prozent des zusätzlichen Staus auf den Schweizer Autobahnen seien in der Region Basel entstanden.

Die Petentschaft machte geltend, dass die zunehmende Staubelastung erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen habe und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Basel beeinträchtige. Schweizweit hätten Staus im Jahr 2019 Kosten von über 3 Milliarden Franken verursacht. Die Überlastung der Nationalstrassen führe zudem zu Ausweichverkehr in die städtischen Quartiere, wodurch die Lebensqualität und die Verkehrssicherheit beeinträchtigt würden. Angesichts des vom Bund bis 2040 prognostizierten Verkehrswachstums von 25 Prozent im Personenverkehr und 37 Prozent im Güterverkehr sowie der in den kommenden Jahrzehnten notwendigen Totalsanierung der Osttangente sei eine langfristige Verkehrslösung erforderlich.

Die Petentschaft fordert daher, dass sich der Grosse Rat und der Regierungsrat gegenüber dem Bund für eine rasche Wiederaufnahme des Projekts Rheintunnel sowie dessen Finanzierung spätestens im Rahmen der Botschaft zum Ausbauschritt 2031 einsetzen. Gleichzeitig sollen flankierende Massnahmen, insbesondere zum Lärmschutz und zur funktionalen Erweiterung der Osttangente, erarbeitet werden. Darüber hinaus verlangt die Petentschaft eine verstärkte bikantonale sowie regionale Zusammenarbeit sowie eine Gesamtverkehrslösung, welche den motorisierten Individualverkehr, den öffentlichen Verkehr und den Güterverkehr angemessen berücksichtige.

2.3 Stellungnahme der Vertretung des Bau- und Verkehrsdepartements

Die Vertretung der Verwaltung führte aus, dass die Belastung durch den motorisierten Verkehr in Basel-Stadt sowohl für die Anwohnerschaft als auch für Personen, die auf ein Auto angewiesen seien, erheblich sei. Die Notwendigkeit, diese Belastung zu reduzieren, sei unbestritten. Verbindliche Vorgaben ergäben sich aus der Umweltgesetzgebung des Bundes und des Kantons sowie aus den kantonalen Klimazielen. Deren Umsetzung sei in der Mobilitätsstrategie und im Klimaschutzaktionsplan des Regierungsrats festgelegt. Die Mobilitätsstrategie verfolge dabei ausdrücklich das Ziel, den notwendigen Wirtschafts- und Zielverkehr zuverlässig abwickeln zu können.

Hinsichtlich der Forderung nach einer wirksamen Verkehrsentlastung erläuterte die Vertretung der Verwaltung, dass die Zuständigkeit für Planung, Bau und Finanzierung des Rheintunnels beim Bund liege. Der Kanton verfüge über Mitwirkungs-, jedoch über keine Entscheidungskompetenzen. In kantonaler Zuständigkeit lägen hingegen die flankierenden Massnahmen im städtischen Strassennetz, darunter die Verkehrssteuerung und -lenkung, die Parkraumbewirtschaftung sowie das Baustellen- und Umleitungsmanagement.

Die Vertretung der Verwaltung verwies auf die Stellungnahme des Regierungsrats vom 7. September 2026 zur Vernehmlassungsvorlage Verkehr ’45. Darin unterstütze der Regierungsrat trotz der Ablehnung des Nationalstrassenausbaus in der Volksabstimmung vom 24. November 2024 die Wiederaufnahme des Projekts Rheintunnel im Ausbauschritt 2031. Voraussetzung sei, dass die flankierenden Massnahmen so weiterentwickelt würden, dass die Infrastruktur langfristig zu einer Entlastung der Stadt beitrage.

Als wesentliche flankierende Massnahmen nannte die Vertretung der Verwaltung einen direkten Anschluss an den Rheinhafen, durch den ein erheblicher Anteil des Schwerverkehrs unmittelbar in den Rheintunnel geleitet werden könnte, sowie eine optimierte Bauausführung, welche die Dreirosenanlage möglichst geringfügig beanspruche. Ergänzend seien verkehrslenkende Massnahmen erforderlich, um die Entlastung der angrenzenden Quartiere sicherzustellen. Hierbei sei eine enge Abstimmung zwischen Bund und Kanton notwendig. Es sei aber schwierig von Prognosen zu sprechen, da es verschiedene Szenarien mit unterschiedlichen Wachstums- und Schrumpfungsraten rechnen.

Abschliessend hielt die Vertretung der Verwaltung fest, dass die Petentschaft wesentliche dieser Anliegen bereits formuliert habe. Die Forderungen richteten sich daher weniger an die Verwaltung als vielmehr an den Grossen Rat. Zwischen der Verwaltung und der Petentschaft bestehe hinsichtlich der wesentlichen Anliegen grundsätzlich Einigkeit.

3. Erwägungen der Petitionskommission

Die Kommission nahm zur Kenntnis, dass zwischen der Vertretung der Verwaltung und der Petentschaft hinsichtlich der wesentlichen Anliegen grundsätzlich Einigkeit besteht.

In der Diskussion wurde das grundsätzliche Anliegen der Petentschaft angesichts der stetig zunehmenden Staustunden und der damit verbundenen Belastungen für die Bevölkerung und die Wirtschaft als nachvollziehbar bezeichnet. Eine Verbesserung des Verkehrsflusses könne nicht nur die Erreichbarkeit der Region erhöhen, sondern durch die Verringerung von Staus auch zu einer Reduktion der Abgasemissionen beitragen. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass eine langfristige Verkehrslösung mit den kantonalen Klimaschutzzielen vereinbar sein müsse. Angesichts des langfristigen Planungshorizonts sei davon auszugehen, dass die Elektromobilität weiter an Bedeutung gewinne und damit ebenfalls zur Verringerung der verkehrsbedingten Emissionen beitrage. Diese Entwicklung sei bei der Beurteilung künftiger Verkehrslösungen ebenfalls zu berücksichtigen.

Kritisch beurteilt wurde hingegen die Formulierung des Petitionstextes. Die Forderungen seien wenig konkret und liessen offen, welche zusätzlichen Schritte von den zuständigen Behörden erwartet würden.

Innerhalb der Kommission bestehen unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich des weiteren Vorgehens. Ein Teil der Kommission sprach sich dafür aus, die Petition dem Regierungsrat zu überweisen, um der Forderung nach einer wirksamen Verkehrsentlastung zusätzlichen Nachdruck zu verleihen und den Regierungsrat darin zu bestärken, sich gegenüber dem Bund für eine entsprechende Lösung einzusetzen.

Ein anderer Teil der Kommission erachtet die Petition hingegen als grundsätzlich erfüllt und sah deshalb keinen weiteren Handlungsbedarf. Die Vertretung der Verwaltung und die Petentschaft seien sich hinsichtlich der Notwendigkeit des Rheintunnels grundsätzlich einig. Zudem liege die Zuständigkeit für dessen Realisierung beim Bund, während sich der Regierungsrat bereits im Rahmen seiner Stellungnahme zur Vernehmlassungsvorlage Verkehr ’45 für eine Wiederaufnahme des Projekts unter Berücksichtigung flankierender Massnahmen ausgesprochen habe. Angesichts der bekannten Haltung des Regierungsrats und der wenig konkreten Forderungen der Petition erachtet dieser Teil der Kommission eine Überweisung daher als nicht erforderlich.

4. Antrag

Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat mit 6:4 Stimmen bei 1 Enthaltung die Petition «Schluss mit dem Stau! Wir brauchen endlich Entlastung» als erledigt zu erklären. Sie hat ihre Präsidentin zur Sprecherin bestimmt.

Im Namen der Petitionskommission

Heidi Mück
Kommissionspräsidentin